

Hannover, den 01. Oktober 2008

Gemeinsame Erklärung des Aktionsbündnisses Niedersachsen zur Rettung der Krankenhäuser

dbb beamtenbund und tarifunion
Gesundheitsgewerkschaft Niedersachsen (GeNi)
komba gewerkschaft niedersachsen
Kommunaler Arbeitgeberverband Niedersachsen
Marburger Bund – Landesverband Niedersachsen
Niedersächsische Krankenhausgesellschaft
Niedersächsischer Landkreistag
Niedersächsischer Pflegerat
Niedersächsischer Städtetag
Verband der Krankenhausdirektoren – Landesgruppe Niedersachsen
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) – Landesbezirk
Niedersachsen-Bremen

Im Anschluss an die kraftvolle Beteiligung der niedersächsischen Krankenhäuser an der Großdemonstration in Berlin fordert das Aktionsbündnis vom BMG:

Schluss mit der Zahlentrickserei der Bundesgesundheitsministerin!

(Hannover, 01. Oktober 2008) – Mehr als 12.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Berufsgruppen der Krankenhäuser in Niedersachsen haben sich an der größten Demonstration, die je im deutschen Gesundheitswesen stattgefunden hat, in Berlin beteiligt. Über 125.000 Beschäftigte aus den deutschen Krankenhäusern machten vor dem Brandenburger Tor ihrem Unmut über die völlig unzureichende Krankenhausfinanzierung Luft. Nicht ohne Grund hat das Bundeskabinett am Vortag dieser Demonstration einen Gesetzentwurf mit einem so genannten Hilfsprogramm verabschiedet.

Dieses „Hilfsprogramm“ der Bundesregierung, das angeblich zusätzlich 3 Mrd. Euro an Finanzmitteln für die Krankenhäuser enthalten soll, wurde jedoch als Mogelpackung entlarvt.

Das BMG rechnet in das Hilfsprogramm Beträge ein, die bereits Bestandteile der Klinikbudgets sind und eben gerade nicht zusätzlich bereitgestellt werden. Die Beschäftigten sind es mittlerweile leid, sich zusätzlich zu den ständig steigenden Arbeitsbelastungen auch noch die Zahlentricks der Bundesgesundheitsministerin anhören zu müssen.

Auch die immer wieder vorgetragene Behauptung der Bundesregierung, durch das Hilfsprogramm müsste der Beitragssatz der Gesetzlichen Krankenversicherung angehoben werden, wird durch die dauernde Wiederholung nicht richtiger.

Im Gegenteil stehen den Gesetzlichen Krankenkassen im nächsten Jahr bereits ohne eine Beitragsanhebung aufgrund der Einkommensentwicklung mindestens 8 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung. Wenn man den Spielraum, der durch Absenkung der Beiträge der Arbeitslosenversicherung entsteht, nutzen würde, könnte man ohne Anhebung der Kassenbeiträge den Krankenhäusern bereits erheblich mehr zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen.

Die Partner des Aktionsbündnisses zur Rettung der Krankenhäuser in Niedersachsen fordern daher nochmals alle Bundes- und Landespolitiker in einem offenen Brief (**Anlage**) auf, ihrer Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen sowie für eine auskömmliche Finanzierung dieser Leistungen gerecht zu werden und ein Hilfsprogramm zu beschließen bzw. einzufordern, das diesen Namen auch wirklich verdient.

Die Krankenhäuser bilden das Rückgrat der Gesundheitsversorgung im Land Niedersachsen. Dort arbeiten 90.000 Beschäftigte rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr für die Betreuung von kranken Menschen und 10.000 junge Menschen werden dort ausgebildet. Die Ärzte und die Pflegenden dürfen ebenso, wie die Patienten, erwarten, dass sie nach jahrelanger Ausbildung und

bei täglichem großen Engagement ihre Berufe in der gebotenen Sorgfalt und unter erträglichen Arbeitsbedingungen ausüben dürfen.

Nach 5 Jahren mit Reallohnverlust und mit Personalabbau bei ständiger Leistungssteigerung arbeiten die Beschäftigten in den Krankenhäusern so produktiv, wie sonst nirgendwo in Europa. Sie haben es satt, sich als Belohnung für diese Arbeit mit unzureichenden Hilfsangeboten abspesen zu lassen. Auch wenn Politik nun endlich den akuten Handlungsbedarf erkannt hat, darf hier nicht auf halbem Wege stehen geblieben werden..

Ein Verweis der Bundesregierung auf die Länder wegen der unzureichenden Investitionsmittel hilft da auch nicht weiter, sondern lenkt von der eigenen Verantwortung, über die Krankenkassen die Betriebskosten ausreichend zu finanzieren, ab. Richtig ist, dass die Investitionsmittel seit Jahren gerade auch in Niedersachsen unzureichend sind und hier ebenfalls erheblich nachgebessert werden muss. Hier werden die Bundesländer vom Aktionsbündnis der Krankenhäuser ebenfalls in die Pflicht genommen werden.

Die Bundesregierung aber ist dafür verantwortlich, dass die Krankenkassen den gesetzlichen Auftrag erhalten und in die Lage versetzt werden, endlich ausreichend Finanzmittel zur Finanzierung der Betriebskosten zu zahlen, damit die Krankenhausträger eine genügende Zahl von Arbeitsplätzen für die Versorgung ihrer Patienten vorhalten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern faire Löhne zahlen können. Deshalb fordert das Aktionsbündnis von der Bundesregierung: „Die Tarifverträge, die der Bundesinnenminister unterschrieben hat, müssen endlich und zu hundert Prozent von der Bundesgesundheitsministerin finanziert werden!“

„Wenn der Bundesgesundheitsministerin zusätzlich 21.000 Pflegenden in den Krankenhäusern fehlen, dann soll Sie die Krankenhäuser in die Lage versetzen, diese Stellen zu 100 % zu finanzieren“. Im Grundsatzprogramm der SPD steht: „Wer in sozialen Berufen für andere da ist, verdient Anerkennung, Respekt und faire Bezahlung.“

Was gilt denn nun, Frau Schmidt?

Impressum: Niedersächsische Krankenhausgesellschaft, Thielenplatz 3, 30159 Hannover, Tel. 0511 30 76 30, E-Mail: nkgev@t-online.de,

Weitere Informationen unter: www.Rettung-der-Krankenhaeuser.de
www.der-deckel-muss-weg.de